

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Die Zeitung wird durch alle Postämter und durch die Expeditionen in Leipzig (Oberstraße Nr. 5) und Dresden (Königsplatz, Nr. 1) bezogen.

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Man schreibt der Allgemeinen Zeitung aus Frankfurt a. M.: Lord Cowley, der englische Gesandte, hat, wie die britischen Agenten allerwärts, auch am Bundesstage die bekannten gedruckten Aufzeichnungen des Hrn. Gladstone über Neapel übergeben. So viel ich höre, sind die Bundesstagsgesandtschaften willens, diese Einmischung in die innern Angelegenheiten einer fremden Regierung sehr entschieden zurückzuweisen. — Was ich über das Schicksal der deutschen Flotte vernehme, ist wenig tröstlich. Von einer deutschen Flotte kann schon keine Rede mehr sein; wenn es gut geht, werden wir eine separate Nordseeflotte reiten, woran Oesterreich und Preußen, welche eigene Marinen unterhalten wollen, sich nicht betheiligen; dabei soll Preußen, wenn auch nicht in der Form eines geschriebenen geheimen Artikels, bei dem Abschluss des jüngsten Zollvertrags mit Hannover sich bereit gezeigt haben, dahin zu wirken, daß die Flotte des Nordseeschwaders in die Hand Hannovers gelegt werde, was zwar nach der Lage der Dinge ganz natürlich wäre, gewiß aber neues Mißtrauen und Eifersucht unter den übrigen Mittelstaaten weckt, welche die Nordseeflotte mit unterhalten sollen. Uebrigens ist hier nur eine Stimme, daß Preußen durch den überraschenden Tractat mit Hannover neuerdings großes politisches Terrain gewonnen hat.

Man schreibt uns: In Bezug auf das von dem politischen Ausschusse zu empfehlende Bundespressgesetz ist zu bemerken, daß dieselbe im Ausschusse selbst über das dabei zu Grunde zu legende System Beschlüsse noch nicht vorliegen. Wenn in dieser Beziehung von einigen Zeitungen specielle Mittheilungen gemacht werden, so erscheinen dieselben als unbegründet. — Das Zurückkehren des Bundesstags zu der Centralvertheilungskommission ist namentlich von Wien aus angeregt worden und wird auch von österreichischer Seite in Frankfurt lebhaft betrieben werden.

Breslau, 25. Sept. Vor einiger Zeit ereignete es sich hier, daß Jemand, der früher als Abgeordneter in Frankfurt an der Kaiserwahl theilgenommen hatte, in einer öffentlichen Rede erklärte, „Se. Maj. der König habe die Kaiserkrone aus beschmutzten Händen nicht annehmen können.“ Gestern hat die Stadt Breslau bei Gelegenheit der feierlichen Einführung ihres neuen Bürgermeisters Ellwanger in der Rede dieses neuen Bürgermeisters selbst andere Worte vernehmen müssen, die dennoch unwillkürlich an jene erinnerten. Der Bürgermeister, nachdem er von dem herrlichen Geiste gesprochen, der mit Gott für König und Vaterland gekämpft habe, fuhr wörtlich fort: „Aber dieser Geist ist gewichen. Unter dem Aushängeschild der Freiheit ist Knechtschaft und Barbarei angeboten worden; unter der Regide der Freiheit sind die geheiligten Rechte des Königs mit Füßen getreten worden; unter ihrem Schirme hat man alle Pietät und Dankbarkeit vergessen. Wie konnte, bei Vorhandensein eines edlen Gemeinfinns, das Volk die ewige Wahrheit unbeachtet lassen, daß es nur durch seinen König ist, was es ist.“ Das nach solchen Worten nur noch die Rede sein konnte von „verkommenen Literaten und untreuen Büden“, die sich als Beglückter des Menschengeschlechts dargestellt hätten, das versteht sich wol von selbst. Bemerkenswert ist übrigens, daß selbst unser Oberpräsident, Hr. v. Schleinitz, der bei dem Geleite anwesend war, bei solchen und andern Worten mehrmals unwillkürlich zusammenzuckte. Die Erbitterung in der Bürgerschaft ist allgemein. (Wesf. Z.)

Aus Posen vom 24. Sept. geht der Kölnischen Zeitung folgende Mittheilung zu: Schon vor dem Zusammentritt des Landtags sagten wir, daß von Seiten der Polen Anträge würden gestellt werden, welche an die Zusicherungen von 1848 erinnerten. Ein solcher Antrag ist noch namentlich am 21. Sept. dem Vicemarschall Grafen Storzewski vom Hrn. v. Niemcewiski überreicht worden, und zwar überreicht derselbe nichts Geringeres als den Entwurf zu einer Constitution für das Großherzogthum Posen, um solche zu beraten und demnach dem Könige als Großherzog von Posen zur Genehmigung zu überreichen. Die ganze Constitution, die wol nicht mit Hoffnung auf Genehmigung, sondern mehr nur als Antwort auf die Rede des königlichen Commissars übergeben ist, enthält überhaupt 18 Artikel. In dem begleitenden Memoire wird darauf Bezug genommen, daß die Constitution vom Jahre 1807 bis jetzt nicht ausdrücklich aufgehoben worden ist, weshalb sie streng juristisch noch Gültigkeit habe, ferner auf die Wiener Tractate und die Conventionsprotokolle von 1815, das Besitzergreifungspatent, die Rede des Statthalters Radziwill und die Zusagen von 1848, welchen die Hauptparagraphe namentlich entnommen sind. Der Inhalt dieses Actenstücks geht auf nichts Geringeres als eine vollständige Trennung des Großherzogthums von den übrigen Provinzen aus.

Nürnberg, 25. Sept. Alle Maßregeln der Polizei deuten darauf hin, daß man die Freien christlichen Gemeinden in Bayern aufzuheben beabsichtigt. So begab sich heute die Polizei zu einem hiesigen Mitgliede derselben, das die Gemeindebibliothek in Verwahrung hat, und nahm ungefähr 40 Bände in Beschlag. Welchen Grad von Bildung der damit beauftragte Commissar befundete, mögen Sie aus einigen der mitgenommenen Bücher und Broschüren erkennen. Das man die „Verbensbeschreibung Robert Blum's“, „Die Menschenrechte“ von Paine, die „Deutsche Geschichte“ von Winterling mit sich fortnahm, mag man erklärlich finden, daß man sich aber mit geheimnißvoller Wichtigkeit sämmtlicher Werke von Heribert Rau („Stunden der Andacht“), „Deutsche Geschichte“ (c.), der theologischen Werke von Paine, einer „Beschreibung des Jesuitenordens“ des Sonntagsblatts von Uhlig, der Zeitschrift „Die freie christliche Kirche“ von Rauch und gar des „Lebens Jesu“ von Strauß bemächtigte, während man Werke von Schriftstellern, die noch auf entschiedenerem Standpunkte als die eben genannten stehen, unberührt ließ, ist ein Unfall, der eben nur der bairischen Polizei passiren kann. Ebenso wurde das Bibliothekverzeichnis faßirt. Doch hören Sie weiter. Seit mehreren Tagen schon werden Mitglieder der hiesigen Freien christlichen Gemeinde auf das königliche Stadtkommissariat vorgelodert und dieselben ein religiöses Glaubensbekenntniß protokollarisch abverlangt. Die Fragen lauten: Glauben Sie an einen persönlichen Gott? Glauben Sie an die Dreieinigkeit Gottes? Glauben Sie an die Unsterblichkeit der Seele? Glauben Sie an die Kraft des Gebets? c. Und doch steht in der bairischen Verfassung ein Paragraph, der die Freiheit des Glaubens und des Gewissens verbürgt! Die meisten der Vorgeloderten verweigern natürlich auf solche Fragen Rede zu stehen, allein es ist nicht zu läugnen, daß dennoch einzelne unkluge Antworten gegeben worden sind, die man zu seiner Zeit zu benutzen wissen wird, wie man auch in den protokollarischen Verhörnahmen besonders darauf zielt, Aussagen zu erhalten, welche die Denunciation der beiden ausgetretenen Prediger Ruf und Dumschhof (daß die Freien christlichen Gemeinden politische Zwecke unter religiösem Deckmantel verfolgten) bestätigen sollen. Es mag vielleicht noch zu erwähnen sein, daß einem städtischen Mehlbeschauer und einem Polizeisoldaten aufgegeben wurde, bei Verlast ihres Amtes aus der Gemeinde zu scheiden, und daß von der orthodoxen und ultramontanen Partei in verschiedenen Gegenden Bayerns, ja sogar in einigen von der neuen religiösen Richtung angelegten Landbezirken durch die königlichen Landgerichte Abdrücke und Auszüge jener Denunciationschrift der beiden Exprediger besorgt und unentgeltlich vertheilt wurden.

Wie dem Schwäbischen Merkur aus Stuttgart geschrieben wird, ist der deutsch-katholische Prediger Heinrich Loose, welcher wegen Aufzoderung zum Aufruhr zu einer achtmonatlichen, auf der Festung zu erziehenden Gefängnißstrafe verurtheilt worden war, unter der Bedingung seiner Auswanderung nach Nordamerika vollständig begnadigt worden.

Wiesbaden, 26. Sept. Nachdem man am 11. Sept. die Papiere des Hrn. v. Glümer zu Destrach theilweise mit Beschlag belegt und zur genaueren Durchsicht anher genommen hat, ist solcher Maßregel auch eine Requisition an die großherzoglich hessische Regierung in Darmstadt gefolgt, um einen andern Papiervorrath, welcher von dem Beihelligten annoch in Bingen gelassen worden ist, daselbst ebenfalls einer Untersuchung zu unterziehen. Der dortige Polizeicommissar ist mehre Tage hintereinander hiermit beschäftigt gewesen und hat endlich sämmtliche Papiere eingepackt und an die obere Behörde gesandt. — Heute haben auch hier eine Menge Haussuchen stattgefunden, namentlich bei den Präsidenten und mehren Vorstandsmitgliedern des Vereins zur Wahrung der Volksrechte, des Arbeiterbildungs- und des Turnvereins (H. G. Rathen, Karl Kieß, Feibel, G. Bölsche), sowie in dem diesen drei Vereinen gemeinschaftlich gehörigen Lesezimmer bei dem Redacteur der Freien Zeitung, Buchhändler Karl Ritter c. Es sind zwar bei den meisten, wenn nicht allen Betroffenen Papiere mit Beschlag belegt worden, die aber zum verständig alsbald wieder werden zurückgegeben werden, da dieselben sammt und sonders nicht im mindesten als gravirend betrachtet werden können. (Wesf. Z.)

Aus Thüringen, 26. Sept. Die gothaer Vereinigungsfrage, von der Regierung aufs neue in die Hand genommen, scheint abermals an den so vielfach collidirenden Interessen der beiden ziemlich weit auseinander gelegenen Landestheile zu scheitern. Die Vereinigung des Militärs und der Stellung nach außen dürfte Alles sein, was aus den Verhandlungen der jetzt wieder zusammengetretenen Abgeordneten beider Landestheile resultiren wird.